

GRinDO

GRÜNE in Dortmund

Die
Weihnachts-
& Wirtschafts-
GRinDO mit
dem roten
Punkt!



**SOZIALTICKET?
ICH KRIEG DOCH AUCH
NIX GESCHENKT!**

Nr.12
DEZEMBER
2011

Liebe LeserInnen,



in diesen Zeiten fühle ich mich stark an das Motiv der „Parallelwelten“ aus dem Science-fiction-Genre erinnert:

Dort: die Welt der international zockenden Finanz-Hasardeure. Sie jonglieren mit Zahlen, deren Nullen man nicht an seinen zehn Fingern abzählen kann und hoppla werden dann auch noch auf einem „Sparbuch“ 55,5 Milliarden Euro gefunden. Von systemrelevanten Banken lässt man sich vorführen und vergisst dabei die Systemrelevanz der einzelnen BürgerInnen, nicht nur in Griechenland.

Und hier: verkaufen sich Menschen auf dem Arbeitsmarkt für einen Hungerlohn. Hier rechnet der Bund kommagenau die Regelsätze der Arbeitslosen-Geld-II-EmpfängerInnen zusammen.

Vollends zynisch wird es, wenn „die Sozialen“ und „die Christlichen“ sich in ihrem Handeln gemein machen mit jenen, deren Lebensmotto schon immer war: „Die Letzten beißen die Hunde!“ So auch in Dortmund schon lange zu verfolgen beim Thema SozialTicket. 2010 hatten sie das Dortmunder SozialTicket (15 Euro, rund um die Uhr gültig) in ein „UnsozialTicket“ (32 Euro, werktags erst ab 9 Uhr gültig) umgewandelt. Und nun wollten sie sich auch noch nicht an einem VRR-weiten SozialTicket beteiligen. 18 VRR-Gemeinden haben es seit dem 1. November (29,90 Euro, rund um die Uhr gültig) – Dortmund aber muss draußen bleiben, weil SPD und CDU und FDP das so wollen. Das VRR-SozialTicket ist zwar immer noch zu teuer. Doch es bietet die Chance, innerhalb einer größeren Gemeinschaft (unterstützt durch das Land NRW) den Weg zu einem fairen SozialTicket zu finden.

Mobilität ermöglicht erst die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben. Nur mit Mobilität kann man sich als Teil der Bürgergesellschaft begreifen. Der Aktionsplan gegen Rechts, von allen demokratischen Parteien der Stadt Dortmund getragen, weist ausdrücklich auf die Anfälligkeit für rechtes Gedankengut bei sozialer „Desintegration“ hin. Neben der eher symbolischen Auseinandersetzung mit den Neofaschisten, wie jüngst zum Antikriegstag, sehen wir gerade im SozialTicket auch einen ganz konkreten Ansatz im Kampf gegen Rechts.

Die vielfältigen Unterstützungen, die wir in den letzten Jahren beim Einsatz für ein faires SozialTicket erfahren haben, beweisen: Ein solches Ticket wird aus solidarischem Bewusstsein heraus quer durch die Stadtgesellschaft gewünscht.

Wir zeigen unsere Solidarität mit der „**Ich-nehm-dich-mit!**“-Aktion. Wer ein Ticket 1000 oder 2000 hat, kann am Wochenende und nach Feierabend eine weitere Person auf seinem Ticket mitnehmen. Das gilt übrigens auch für das Semesterticket der StudentInnen. Mit einem **roten Button** signalisiere ich: „Du kannst mich ansprechen, ich nehme dich gerne mit!“ Unterstützen lässt sich die Aktion auf vielfältige Weise: Wer ein entsprechendes Ticket hat, kann den roten Button gut sichtbar tragen. Als Anlaufstelle kann man den roten Button ausgeben. Mit einer Spende kann man helfen, die Buttons zu verteilen. Mit all dem zeigen wir: Dortmund will ein faires SozialTicket!

Abschließend eine Frage zu den Relationen: Wie viele Straßenbahnen könnte man eigentlich mit einer Billion Euro kaufen? 434 782! (Hintereinander gereiht würden sie auf dem Landweg eine geschlossene Kette bis kurz vor Hanoi bilden).

Mit GRÜNEN Grüßen,

Remo Licandro
Sprecher des Kreisverbands Dortmund

**ICH
NEHM
DICH
MIT!**

| | |
|---|---------|
| Echt schräg | |
| Vorwort: Remo Licandro Sprecher des Kreisverbands Dortmund | 2 |
| 3. September | |
| Einfach wi(e)dersetzen! | 4 |
| Ein Tag – Zwei Perspektiven | 5 |
| Chaostage in Dortmund | 6 |
| Aktionsplan gegen Rechts | 7 |
| GREEN new deal beim öffentlichen Einkauf | |
| Daniela Schneckenburger | 8 |
| SozialTicket | |
| Mario Krüger | 9 |
| Finanzmarktkrise, Eurokrise und kein Ende absehbar | |
| Markus Kurth - Brief aus Berlin spezial | 10 - 12 |
| Bundesdelegiertenkonferenz 2011 in Kiel | |
| Mehr als nur Plastiktüten | 13 |
| Heinrich Böll und die Anstifter | 13 |
| 30 Jahre GRÜNE in Dortmund | |
| Heute: Gisela Sichelschmidt | 14 |
| 5. Dortmunder Umweltnacht | |
| Auf Fledermausjagd im Naturschutzgebiet Siesack | 14 |
| Reform der Stadtbezirke | |
| Der Untergang von Huckarde und Eving oder: eine neue Chance | 15 |
| Beitrittserklärung | 15 |
| Termine, Kontakte & Impressum | 16 |



DRITTER SEPTEMBER

EINFACH WI(E)DERSETZEN!

► Am 1. September wird in der Bundesrepublik an den Beginn des 2. Weltkrieges und den Überfall der Wehrmacht auf Polen 1939 erinnert. Dieser Tag dient dem Andenken an die Opfer von Krieg und Verfolgung.

In Dortmund allerdings wird dieser Gedenktag seit 2005 von Nazis verhöhnt. Seit 7 Jahren missbrauchen Nazis (inzwischen aus ganz Europa) unsere Stadt als „Aufmarschgebiet“ für Demonstrationen und Kundgebungen.

Ganze Stadtbezirke werden durch die Polizei abgeriegelt, die Bürger werden in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Denn Nazidemos unterliegen dem Schutz der Versammlungsfreiheit.

Während in den vergangenen Jahren das allgemeine Ziel war, möglichst viele Plätze mit Gegenveranstaltungen und -kundgebungen zu belegen, um den Nazis keinen Raum zu lassen, wollten wir uns in diesem Jahr den Nazis direkt in den Weg stellen. Nicht an vielen dezentralen Orten, sondern unmittelbar, direkt – und friedlich.

Ein Grund dafür war, dass es in diesem Jahr zum wiederholten Male die Nordstadt traf. Angesichts des hohen Migrantenanteils die pure Provokation, dort mit Bannern, Fahnen, Musik und Redebeiträgen gezielt braune Hetze zu verbreiten

und die AnwohnerInnen anzuschüttern.

In Kooperation mit einem breiten bürgerlichen Bündnis wollten wir eine gewaltfreie Sitzblockade gegen die Nazidemo durchführen. Blockaden schienen in den letzten Jahren jedoch das Monopol einiger eher militanter linker Gruppierungen zu sein. Gewaltexzesse beherrschten oft im Nachhinein die Berichterstattung in den Medien – obwohl sich jedes Jahr tausende DortmunderInnen an friedlichen Gegenveranstaltungen beteiligten. Es galt also den Beweis anzutreten, dass man sich gewaltfrei mittels einer Sitzblockade den Nazis entgegenstellen oder widerSETZEN kann.

Nicht erst im Laufe der Vorbereitungen auf den diesjährigen Antikriegstag war deutlich zu spüren, dass eine zunehmende Anzahl Dortmunder BürgerInnen den Wunsch hat, gegen Nazis aktiv zu werden. Wir wollten ausdrücklich auch Menschen erreichen und motivieren, die bisher keine Möglichkeit sahen, ihren Protest auszudrücken.

Der von uns mitunterzeichnete Aufruf zur Blockade rief ein enormes Echo hervor. Unserer Auffassung, dass eine Sitzblockade notwendiger ziviler Ungehorsam zur Verhinderung eines Naziaufmarsches ist, wollte die Polizei Dortmund nicht folgen. Sie startete eine Kampagne, in der sie vor der Beteiligung an einer Sitzblockade warnte und diese zu kriminalisieren versuchte.

Nicht nur diese scharf am Rande der gebotenen Neutralität angesiedelte Kampagne der Polizei brachte unserem Vorhaben weiteren Zuspruch der Bevölkerung ein und setzte eine Debatte in Gang, die wir gerne weiterführen möchten! Es geht um Bürgerrechte, Demokratie, zivilen Ungehorsam, Solidarität, Zivilcourage und Bürgerbeteiligung.

Wir haben am 3. September unter großem Zuspruch und großer Beteiligung der BürgerInnen der Nordstadt eine friedliche Sitzblockade durchgeführt und die Schützenstraße nazifrei gehalten. Durch die friedliche Atmosphäre war es möglich, die Kommunikation mit den anwesenden Polizeieinheiten positiv zu gestalten und Eskalationen – zumindest in dieser Blockade zu verhindern. Für viele von uns ein Novum.

Unser Dank gilt den über 100 MitblockiererInnen, den AnwohnerInnen die uns mit Speisen und Getränken versorgten und dem Pastor der Paulusgemeinde. Wir hoffen im nächsten Jahr – falls nötig - noch mehr Menschen zu einer noch größeren Blockade motivieren zu können. ●

Katja Bender ist Beisitzerin im Kreisvorstand



DRITTER SEPTEMBER

EIN TAG - ZWEI PERSPEKTIVEN

J > Ich fuhr schon früh morgens los, um rechtzeitig bei unserer Auftaktveranstaltung „Dortmund Nazifrei“ zu sein.

C > Ich ging bei gutem Wetter vom Nordmarkt aus los und war unsicher, ob ich zu der Auftaktveranstaltung an der Schützenstraße kommen würde, da ich so viel über die Polizeisperren gehört hatte.

J > Die Auftaktveranstaltung war sehr informativ und ich habe viele positive Gespräche mit Mitgliedern meines OV (Ortsverbands) geführt.

C > Ohne Probleme bin ich zu unserer Auftaktveranstaltung gekommen und ich erlebte ein tolles Happening mit Mitgliedern unseres Ortsverbandes und mit Mitgliedern der GRÜNEN Landesspitze. Es war ein Gefühl von Zusammenhalt und endlich taten wir etwas gegen die Nazis.

J & C > Während der Auftaktveranstaltung wurde bekannt, dass Mitglieder des Aktionsbündnisses die Demoroute der Nazis besetzt haben. Wir feierten dies frenetisch und gingen in Richtung der Polizeiabsperrung an der Schützenstraße.

J > An der Polizeiabsperrung fiel mir das erste Mal die massive Polizeipräsenz auf: komplett vermmumt und in schwerer Schutzausrüstung.

C > An der Polizeiabsperrung kamen uns schwarz gekleidete, laut schreiende Demonstranten mit Pyrofackeln entgegen. Ich dachte im ersten Moment, die Nazis seien durchgebrochen, aber es waren augenscheinlich die autonomen Linksradikalen.

J > Ich schloss mich einer Gruppe vorbeiziehender Demonstranten an. Wir zogen – laut eine Widerstandshymne singend – durch den Norden „Bella Ciao“.

C > Ich blieb bei unserer Demonstration und wir zogen weiter entlang der Polizeiabsperrung. Immer wieder begegneten uns aggressive Demonstranten. Zu meinem Bedauern sah ich, wie sie, scheinbar grundlos und ohne ersichtliche Provokation, probierten, an einem stehenden Polizeiauto den Außenspiegel abzutreten.

J > Ich versuchte mit anderen an der Schillerstraße auf die Mallinckrodtstraße zu gelangen. Aber ehe wir durchbrechen konnten, waren erneut Polizisten vor Ort und sprühten ohne Vorwarnung Tränengas in die Menge. Ich hatte Glück und bekam nichts ab, aber am Straßenrand saßen dutzende Mitdemonstranten und mussten sich die Augen ausspülen lassen. Ich zog mich zum Hauptbahnhof zurück.

C > Ich entschied mich, zum Hauptbahnhof zu gehen, um nach Düsseldorf zu fahren. Aber der Weg dahin hatte für mich den Charakter eines Spießbrutenlaufes – möglicherweise aufgrund meiner kurzen Haare – immer wieder wurde ich von schwarz gekleideten Menschen bespuckt und als Nazi beschimpft. Endlich angekommen, war für mich klar, von wem die Gewaltbereitschaft ausging.

J > Ich stand noch kurz vor der Steinwache hinter dem Bahnhof und beobachtete in der Ferne die Nazis. Unerwartet wurde ich von hinten gestoßen und verlor beinahe das Gleichgewicht. Ich drehte mich um und sah acht Polizisten, die sich wortlos ihren Weg durch die Menge der friedlichen Demonstranten bahnten – natürlich in voller Kampfmontur und bewaffnet. An diesem Punkt entschied ich mich, nach Hause zu fahren. Für mich stand fest, von wem an diesem Tag die Aggressionen ausgegangen sind. ●

*Christopher Welwert ist Mitglied der Nordstadt-GRÜNEN und Kreisschatzmeister
Jens Heubes ist Beisitzer im Vorstand*



DRITTER SEPTEMBER CHAOSTAGE IN DORTMUND

Ein ganz persönlicher Erlebnisbericht zur Nazidemo am 3. September 2011 in Dortmund

August 2011

Der erste Septembersamstag naht wieder einmal in Dortmund. Nazis haben es sich anscheinend angewöhnt, zum „Antikriegstag“ in Dortmund auf die Straße zu gehen. Und alle anderen haben es sich angewöhnt, dagegen zu demonstrieren.

Wieso fühle ich mich dabei immer so an die früheren Chaostage in Hannover erinnert? Vielleicht weil ich auch damals schon nicht verstanden habe, worum es eigentlich ging? Weil ich auch dort den Eindruck hatte, es geht mehr um die Action als um die Inhalte?

Im September 2007 wären wir schon einmal fast mitten in der Action gelandet, waren mit den Punks über den Wall gezogen. Erst später aus den Nachrichten erfuhren wir, dass es danach am Südbad zu mächtig Randalen gekommen war, weil die Veranstaltungsleiter die Demo beendet hatten und nun alle individuellen Teilnehmer „frei hatten“. „Glück gehabt“, war das, was mir von diesem Tag in Erinnerung blieb.

Das alles geht mir im Vorfeld des diesjährigen Jahrestags durch den Kopf, und ich beschließe, mich weder um die Demo noch die Gegendemos oder sonstige Aktionen zu kümmern. Ich habe

einfach keinen Bock auf Krawall. Nicht wegen dieser braunen Idioten. Das spielt ihnen doch nur in die Hände – all die Aufmerksamkeit, die in der Presse dazu landet.

Am Samstag

finde ich in der Tageszeitung einen Innenstadtplan mit vielen bunten Linien, wo überall Demos und Gegendemos und Aktionen stattfinden sollen. „Ja wo laufen sie denn?“ hatte Lorient so schön formuliert – und so fühle ich mich auch. Welche Aktion findet nochmal wo statt? Alles verwirrend ... wir fahren mit dem Rad in die Stadt, um unsere Besorgungsliste abzuarbeiten.

In der Stadt ist alles easy und entspannt. Ein völlig normaler Samstag in Dortmund. Vielleicht ein bisschen leerer als sonst.

Es geht auf 14.00 Uhr zu.

Die Stadt ist so ruhig, die Erledigungen getan. Wir beschließen, mal an der Katharinentreppe vorbeizuschauen. Sind ja sowieso in der Nähe.

Es ist 14.25 Uhr.

Mist, wir haben geträdelt. Wir stehen an der leeren Katharinentreppe. Keiner mehr da. Aber wir haben schließlich Fahrräder, kein Thema, die Demo wieder einzuholen.

14.30 Uhr

sind wir an der Unterführung zur Münsterstraße vom Königswall aus. Wir wollen der Demo hinterher in die Nordstadt, aber die Münsterstraße ist unter der Bahnlinie abgesperrt, als gelte es, die Nordstadt gegen eine Invasion zu verteidigen.

Ich gehe auf den erstbesten Einsatzbeamten zu: „Kann man hier nicht durch?“ Die Antwort ist erschöpfend: „Nein“.

„Aber hier ist doch bestimmt die Demo von der Katharinentreppe vorbeigekommen?“ – „Nein, die sind den Wall weitergezogen.“

Gleichzeitig sehe ich meine Freundin auf der anderen Seite der Sperre. Wie kommt die dahin? Da darf man doch nicht durch?! Ich rufe ihr über die Sperre zu: „Die Demo ist doch den Wall weiter!“ Sie ruft zurück: „Nein, die Demo ist hier lang. Hat man mir grade gesagt“. Sie hatte halt einen anderen Nordstadtschützer gefragt ...

Keiner will hier was wissen, allen sitzen irgendwie Angst und Stress im Nacken. Demokratie und freie Meinungsäußerung sehen anders aus, sollten nichts mit Gewalt und Aggressionen zu tun haben. Ich will doch nicht gegen Polizisten demonstrieren, sondern gegen Nazis!

Da ich anscheinend nicht für Nordstadtkonform befunden wurde, kommt meine Freundin wieder zurück (immerhin ging das!). Wir fahren langsam den Wall weiter und beschließen den Nachmittag im Garten zu verbringen.

Klaus Petry

ist seit 31 Jahren überzeugter GRÜNER

AKTIONSPLAN GEGEN RECHTS

► Es war ein GRÜNER Antrag, der den Stein ins Rollen brachte: Ende 2007 beantragte die GRÜNE Fraktion gemeinsam mit der SPD einen Aktionsplan gegen Rechts, gegen Neonazis und ihre Strukturen.

Im November verabschiedete der Rat nun endlich den Aktionsplan und seine Handlungsvorschläge.

Damit kann der Einsatz vieler Menschen gegen rechte Strukturen in der Stadt noch effektiver unterstützt werden. Der Aktionsplan ist das vorläufig letzte Puzzlestück in einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die in den letzten Jahren umgesetzt wurden:

Seit 2008 arbeitet die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Eine Studie des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld erarbeitete Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund.

Gleichzeitig wurden im Vorgriff auf den Aktionsplan seit 2008 ca. 270.000 Euro an Schulen, Kirchengemeinden, Jugendtreffs und andere Organisationen für Projekte gegen Rechts vergeben.

Das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ und der „Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus“ erhielten in den letzten Jahren eine Grundlagenförderung.

Und seit wenigen Wochen gibt es nun auch eine professionelle Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt.

Dass Dortmund einen Aktionsplan gegen Neonazis und ihre Strukturen braucht, war damals und ist heute unstrittig. Denn die Neonazis erkoren Dortmund in den letzten Jahren zu einem Hauptkampfplatz. Ihre jährlichen Aufmärsche zum 1. September sind nur das nach außen sichtbarste Zeichen. Tagtäglich kommt es zu menschenverachtenden Provokationen, Aktionen und Übergriffen der Dortmunder Neonazis gegen Andersdenkende. Die linke Szene-Kneipe Hirsch Q, das Literaturcafé

Taranta Babu, das Büro des GRÜNEN Kreisverbandes und andere Einrichtungen werden regelmäßig angegriffen und beschädigt. In Dorstfeld schaffen die Autonomen Nationalisten ein Klima der Angst und Einschüchterung – bis hin zur Vertreibung einer Familie, die sich gegen die rechten Aktivitäten eingesetzt hatte.

Und selbst vor Morden schrecken die neuen Faschisten nicht zurück: Seit 1990 wurden in Deutschland 182 Menschen von Rechtsextremen ermordet, davon allein fünf in Dortmund. Letztes Opfer war der Kioskbesitzer Mehmet Kubasik, den 2006 Mitglieder der inzwischen aufgeflogenen rechten Terrorzelle erschossen.

Für Dortmund hat diese Erkenntnis eine zusätzliche Bedeutung. Denn die Verbindungen der Autonomen Nationalisten in Dortmund zur bundesweiten rechtsradikalen Szene sind bekannt und bewiesen. Von daher muss beantwortet werden, wie und ob die Dortmunder Faschisten in die Planung des Mordes eingebunden waren und was sie wussten.

Mit dem Aktionsplan gegen Rechts soll nun noch gezielter gegen die Strukturen der Dortmunder Neonazis angegangen werden. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: Möglichst viele Menschen sollen dabei unterstützt werden, nicht nur einen Tag im Jahr gegen einen Nazi-Aufmarsch zu demonstrieren, sondern sich 365 Tage im Jahr für Demokratie und Toleranz – und damit gegen Rechts – einzusetzen. Gleichzeitig sollen insbesondere Jugendliche gegen rechtes Gedankengut immunisiert und für Demokratie und Toleranz gestärkt werden.

Diese Ziele sind in den vergangenen Jahren im Vorgriff ausschließlich mit kommunalen Geldern finanziert worden. Inzwischen ist Dortmund auch in das entsprechende Bundesprogramm aufgenommen worden. Damit stehen zusätzliche Mittel für Projekte zur Verfügung.

Die Förderung der Bundesregierung hat allerdings gravierende Schwächen und Fehler. Mit der sogenannten „Extremismusklausel“ zwingt die Bundesregierung alle Initiativen und Gruppen zur Bespitzelung der Aktiven vor Ort. Denn mit der Klausel verlangt das

Familienministerium von Projektträgern, die staatliche Unterstützung erhalten wollen, dass sie sich zur Verfassung bekennen und auch für die Verfassungstreue ihrer Kooperationspartner bürgen. Das entspricht einer staatlich verordneten Gesinnungsschnüffelei. Viele Initiativen weigern sich zu Recht, diese Klausel zu unterschreiben. In der Praxis kann das dazu führen, dass Projektträger kein Geld vom Staat bekommen. Die Bundesregierung schadet und schwächt Gruppen gegen Rechts. Damit ist keinem geholfen, außer den Nazis.

Der vom Rat verabschiedete Aktionsplan gegen Rechts ist das Papier gewordene Zeichen, dass es die Stadt ernst meint in ihrem Widerstand gegen jede Form von Rechtsextremismus.

Der Aktionsplan zeigt eine Vielzahl von strategischen Zielen und Maßnahmevorschlägen auf. Schwerpunkte sind dabei die Information und Aktivierung der Stadtgesellschaft, die Einbeziehung und Vernetzung von Institutionen und Akteursnetzwerken, die gezielte Stadtteilarbeit sowie der Schutz und die Hilfe für von rechtsextremem Gewalt bedrohte und betroffene Menschen. Einiges davon ist schon in den letzten Jahren gefüllt worden. Der Kampf gegen die Neonazis und ihre Strukturen ist aber ein permanenter. Deshalb ist der Aktionsplan nichts statisches, sondern muss ständig überprüft und fortgeschrieben werden.

Gelder stehen mit den kommunalen Mitteln und den Mitteln des Bundesprogramms zur Verfügung und können von allen zivilgesellschaftlichen Gruppen für ihre Aktionen und Projekte gegen Rechts beantragt werden.

Als GRÜNE rufen wir dazu auf, diese Möglichkeiten ausgiebig zu nutzen. Hilfestellungen leistet dabei die

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rathaus.
Kontakt: 0231 50-2645 und
vielfalt@dortmund.de

Stefan Neuhaus

ist Geschäftsführer der GRÜNEN Ratsfraktion

Ulrich Langhorst

ist Ratsmitglied der GRÜNEN

GREEN NEW DEAL BEIM ÖFFENTLICHEN EINKAUF

► Fair, ökologisch und gerecht einzukaufen ist eine Entscheidung, die jeder Mensch für sich persönlich treffen, und damit seine Verbrauchermacht nutzen kann. Noch viel mehr gilt das für die öffentliche Hand. Zusammengenommen sind Bund, Länder und Kommunen mit über 300 Milliarden Euro die größten Einkäufer in der Bundesrepublik. In NRW sind es geschätzt rund 50 Milliarden Euro, die vom Land, den Städten und Gemeinden und den Landschaftsverbänden jährlich ausgegeben werden.

GRÜNE und SPD haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, dass ein Tariftreue- und Vergabegesetz (TVVG) auf den Weg gebracht werden soll. Der Entwurf zu diesem Gesetz liegt seit dem Sommer vor, im Oktober fand dazu eine Experten-Anhörung im Landtag statt und es ist geplant, das Gesetzgebungsverfahren bis zum Jahresende abzuschließen. Mit diesem Gesetz wird das Land NRW mit seinem Auftrags- und Vergabeverhalten seinem Vorbildcharakter gerecht und nimmt seine Verantwortung für ein gerechteres Wirtschaftsgeschehen ernst.

Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz wird der Green New Deal für mehr Umwelt- und Klimaschutz, für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine gerechte Globalisierung konkret.

Ziel: Fair, gerecht, wirtschaftlich und sozial einkaufen

Mit diesem Gesetzesentwurf will das Land seinen Beitrag dazu leisten, ruinösen Wettbewerb, Schmutzkonkurrenz und Lohndumping mit öffentlichen Geldern zu bekämpfen. Darum wird die öffentliche Vergabe des Landes, der Landschaftsverbände und der Kommunen an die Einhaltung eines vergabespezifischen Mindestlohnes gebunden, der den Anstieg von "Aufstocker-Arbeitsverhältnissen" bekämpfen will.

Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichtet haben, ihren Beschäftigten wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 8,62 Euro zu zahlen. Fairer Wettbewerb entsteht erst, wenn Handwerksbetriebe oder andere Unternehmen vor

der Konkurrenz von Dumpinglöhnen und unlauteren Methoden geschützt sind.

Für uns GRÜNE war auch besonders wichtig, dass öffentliche Auftraggeber durch das Gesetz verpflichtet werden, bei der Vergabe von Aufträgen Kriterien des Umweltschutzes und der Energieeffizienz zu berücksichtigen. Darum wird mit dem Gesetz das „Lebenszyklusprinzip“ in der öffentlichen Beschaffung verankert, denn: Das billigste Produkt ist nicht das wirtschaftlichste Produkt. Ein Land, das sich über die Parteigrenzen hinweg dazu verpflichtet hat, seinen CO₂-Ausstoß zu verringern, muss darum zwingend darauf achten, dass sein Einkauf dieses Ziel unterstützt.

Das TVGG-NRW bietet außerdem eine sehr gute Chance, den Fairen Handel so zu stärken, wie es sich Rot-GRÜN im Koalitionsvertrag vorgenommen hat. Mit den neuen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Einkauf wird NRW einen Beitrag zur gerechten Gestaltung der Globalisierung leisten. So dürfen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nur Waren verwendet werden, die unter Beachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. So verhindern wir, dass die öffentliche Hand Produkte einkauft, die z. B. mit Kinderarbeit hergestellt wurden.

Und schließlich ist das nordrhein-westfälische Gesetz auch vorbildlich, wenn es um die Verankerung der Frauenförderung geht. Hier stärkt das Gesetz in Abhängigkeit von der Größe der Unternehmen konkrete Maßnahmen zur Förderung der Frauenfreundlichkeit in Betrieben. Aufträge über 50.000 Euro sollen nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, die Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im eigenen Unternehmen durchführen.

Möglichst unbürokratisch

Erwartungsgemäß wurden von Seiten der UnternehmensvertreterInnen grundsätzliche Zweifel an der Notwendigkeit eines Tariftreue- und Vergabegesetzes geäußert. Hingegen haben sowohl Gewerkschaften wie auch die Wissenschaft oder Eine-Welt-Initiativen die Chancen

betont, die sich nicht nur durch die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ergeben, sondern auch dadurch, dass die Rahmenbedingungen des öffentlichen Einkaufs Rückwirkungen auf die Produktionsweise von Unternehmen haben.

Allen gemeinsam war jedoch die Forderung nach einer möglichst unbürokratischen und effizienten Gestaltung der Vergabepaxis. Daher wurde das im Gesetz verankerte „Präqualifikationsverfahren“ sehr begrüßt. Dieses Verfahren ermöglicht es, dass die im Gesetz geforderten Nachweise und Erklärungen im Vorhinein als freiwillige Erklärung erbracht werden können. Jetzt kommt es darauf an, die Ausgestaltung des Gesetzes und vor allem des Präqualifikationsverfahrens durch das Ministerium möglichst gut handhabbar zu machen. Damit wird sichergestellt, dass es keinen Aufwuchs von Bürokratie durch das Gesetz gibt. Das hilft Kommunen und Unternehmen. Zudem sieht der Entwurf vor, dass den Behörden und vor allem den Kommunen Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden, um sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Das Land NRW steht hier nicht alleine – im Gegenteil. In einer Vielzahl von Bundesländern existieren bereits Tariftreue- und Vergabegesetze. Zu nennen sind hier beispielsweise Berlin, Bremen, Hamburg und Niedersachsen. In weiteren Bundesländern sind Tariftreuegesetze gerade verabschiedet worden bzw. kurz davor. Mit dem rot-GRÜNEN Tariftreue- und Vergabegesetz wird NRW zu einem Vorreiter in der sozialen, ökologischen und nachhaltigen Beschaffung.

Auch in Dortmund wird das neue Gesetz die Bemühungen um eine bessere Auftragsvergabe unterstützen. Auch wenn faire Beschaffung in Dortmund kein Fremdwort mehr ist, macht es Sinn, mit der Unterstützung dieses Gesetzes den Blick auf den gesamten Einkauf der Stadt zu richten und die Umsetzung von Umweltaspekten in der Beschaffung, aber auch die Einhaltung sozialer Standards etwa durch jährliche Berichte auch politisch mitzukontrollieren. ●

Daniela Schneckenburger

ist GRÜNE Sprecherin für Wirtschaft, Bauen und Wohnen im Landtag NRW

VRR-SozialTicket:

MOBILITÄT FÜR ALLE? NICHT IN DORTMUND.

► Bochum hat es. Essen hat es. Duisburg hat es und fast alle anderen Städte im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) haben es auch: Das neue SozialTicket, mit dem viele einkommensschwache Menschen im Ruhrgebiet für 29,90 Euro monatlich Busse und Bahnen rund um die Uhr in ihrer Stadt nutzen können. In Dortmund bleibt den Betroffenen das neue Ticket verwehrt. Mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP lehnte der Rat Ende September die Teilnahme am Pilotprojekt des VRR ab. Damit werden rund 110.000 Menschen in Dortmund nicht von den Verbesserungen profitieren, die das neue VRR-SozialTicket bietet.

Es bleibt stattdessen beim bisherigen Dortmunder SozialTicket mit all seinen Schwächen: Ab dem 1. Januar 2012 ist es mit 33 Euro nicht nur erheblich teurer, sondern kann darüber hinaus nicht ganztägig genutzt werden. Gerade Geringverdiener und TeilnehmerInnen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen brauchen aber ein Ticket, das bereits vor 9.00 Uhr morgens nutzbar ist. Dortmund koppelt sich damit von fast allen anderen Städten im VRR ab, die das SozialTicket als Pilotprojekt einführen werden.

Das neue VRR-SozialTicket ist das Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen zwischen GRÜNEN und CDU in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes. Die SPD hat sich mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Ernst Prüsse von Beginn an nicht ernsthaft an den Diskussionen beteiligt, sondern ganz im Gegenteil gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen versucht, mit allen Mitteln eine Einführung zu verhindern. Und das, obwohl sich mit der rot-GRÜNEN Koalition auf Landesebene erstmals auch eine Landesregierung an den Kosten für das Sozialticket beteiligt.

Als GRÜNE haben wir uns für einen Preis eingesetzt, der eindeutig näher an der im momentanen SGB-II-Regelsatz enthaltenen Summe zur Nutzung des ÖPNV von

ca. 22 Euro liegt. Auch wenn das an den Rahmenbedingungen und den Verhandlungspartnern gescheitert ist, ist das Ticket in mehreren Bereichen eine Verbesserung. Insbesondere der Wegfall der bisherigen Nutzungsbeschränkung ab 9.00 Uhr wurde im Dortmunder Sozialausschuss sowohl vom Geschäftsführer des JobCenters als auch von VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände begrüßt. Außerdem muss das Ticket nicht mehr im Abo erworben werden. Damit sind die Betroffenen nicht langfristig gebunden, sondern können sich von Monat zu Monat neu entscheiden. Und schließlich haben auch zusätzliche Geringverdiener die Möglichkeit, das Ticket zu erwerben.

Bezeichnenderweise gingen auch die Dortmunder Stadtwerke DSW21 davon aus, dass unter diesen positiven Voraussetzungen die Abonnentenzahl des derzeitigen SozialTickets von 7500 auf dann 14.000 steigen würde. Dabei waren es gerade die Stadtwerke, die mit ihren Verlustberechnungen schon das von 2008 bis Ende 2009 eingeführte SozialTicket für 15 Euro bekämpft hatten. Auch die Befürchtungen, dass das neue VRR-Ticket zu Mehrkosten von einer Million Euro führen würde, beruhen auf diesen alten, fragwürdigen Zahlen der Stadtwerke.

Die Ausweitung des Förderzeitraums für das Ticket auf 18 Monate bis Ende 2012 durch die rot-GRÜNE Landesregierung hätte für Dortmund eine zusätzliche Erstattung von 500.000 Euro ergeben. Aber selbst das konnte die rot-schwarz-gelbe Neinsager-Koalition im Dortmunder Rat nicht überzeugen.

Dass finanzielle Fragen nicht das entscheidende Kriterium bei der Einführung sein können, zeigte sich in Herne und Bochum. Dort ist das Ticket beschlossen worden, obwohl es beiden Städten finanziell erheblich schlechter geht als Dortmund. Auch in Düsseldorf, Gelsenkirchen, Oberhausen, Mülheim, Solingen, Essen, Ennepe-Ruhr-

Kreis und im Kreis Recklinghausen gab es eine Zustimmung – überall mit den Stimmen der SPD. Warum gerade die Dortmunder SPD mit dem Oberbürgermeister an der Spitze ein mit der Landes-SPD verabredetes Projekt ablehnt und stattdessen lieber ein Talentbüro finanziert, hat wohl eher mit einer Verweigerungshaltung als mit sachlichen Argumenten zu tun. Und auch die CDU muss sich fragen lassen, warum sie in Dortmund anders stimmte als in der Verbandsversammlung des VRR.

Leidtragende dieser Verweigerungshaltung sind die betroffenen Menschen in Dortmund, die nun mit einem schlechteren SozialTicket leben müssen als viele Bürgerinnen und Bürger in den anderen Städten des VRR.

Die Einführung des SozialTickets ist als Modell bis zum November 2012 befristet. Danach ist zu entscheiden, ob das SozialTicket als Regelangebot dauerhaft und damit auch in Dortmund eingeführt wird. Grundlage der Entscheidung wird u.a. eine Evaluation sein, auf deren Grundlage die von den Gegnern vorgetragenen Einnahmeverluste hinterfragt werden sollen. Erste Erfahrungen aus diversen Städten zeigen, dass das VRR-SozialTicket gut angenommen wird, die Neukundenquote höher und der Verwaltungsaufwand geringer als ursprünglich angenommen sind.

Als GRÜNE in Dortmund werden wir uns weiterhin für ein SozialTicket einsetzen, das besser ist als das momentane. Dies gilt für eine Erweiterung des Geltungsbereiches auf die Tarifzonen B, C und D. Das betrifft aber auch den Preis, der näher an der im SGB-II-Regelsatz enthaltenen Summe zur Nutzung des ÖPNV von ca. 22 Euro liegen muss. ●

Mario Krüger

ist Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion

Stefan Neuhaus

ist Geschäftsführer der GRÜNEN Ratsfraktion

MARKUS KURTH:

FINANZMARKTKRISE, EUROKRISE

► **Viele Menschen sind zu Recht entsetzt, dass nach 2008 die Politik schon wieder – oder besser: immer noch – von den Finanzmärkten getrieben ist. Die Spitzgehälter an der Wall Street sind so hoch wie vor Ausbruch der Krise, die Konzentration von Einkommen und Vermögen hat weiter zugenommen, die Banken sind größer denn je zuvor.**

Das widerspricht allen Ankündigungen, die die Regierungen der westlichen OECD-Länder vor drei Jahren gemacht hatten. Weder sind die Finanzmärkte eingehegt worden, noch sind die Bankbilanzen verkleinert worden. Nichts ist aus der so genannten Finanztransaktionssteuer – einer Art **Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte** – geworden. Die Problematik der Großbanken (too big to fail, too interconnected to fail) ist weder in Deutschland noch in Europa oder den USA systematisch angegangen worden, so dass in der neuerlichen Schuldenkrise die Politik wieder nicht in der Lage ist, die Regeln setzen zu können und stattdessen den Finanzmarkthändlern hinterherläuft.

Die europäischen Banken sind der wichtigste Hinderungsgrund für eine mutige, echte und umfassende Beteiligung privater Gläubiger in der griechischen Schuldenkrise und andernorts. Sie sind außerdem wichtigster Ansteckungskanal für ein Ausbreiten der Krise auf andere Länder. Hier zeigt sich, wie falsch es war, seit 2008 keine konsequente Stärkung der Kapitalbasis vorzunehmen und nach wie vor die Kapitalausstattung an der Kernkapitalquote auszurichten. Staatsanleihen gehen in diese überhaupt nicht ein, weil sie ja als hundertprozentig sicher galten! Ein so genannter Schuldenschnitt, d. h. eine Art Staatsinsolvenz wäre im Fall Griechenlands gar kein so großes Problem für die Eurozone – wären da nicht die Dominoeffekte auf die

europäischen Geschäftsbanken. Gerade die Bundesregierung hat sich mit ihrer Politik nach 2008 immer nur an den wenigen deutschen Geschäftsbanken ausgerichtet und dazu beigetragen, dass heute erneut die Privatbanken unterfinanziert und zu groß sind, so dass wieder einmal staatliche Rekapitalisierungsmaßnahmen bevorstehen. Die alten Fehler dürfen nun bei der Euro- und Bankenrettung nicht weitergeführt werden. Es ist falsch, mit einer stärkeren Kapitalausstattung bis Ende Juni 2012 zu warten. Ebenso falsch ist es, die Rekapitalisierung an der Kernkapitalquote auszurichten. Nötig ist zumindest ergänzend eine Mindestkapitalausstattung im Verhältnis zur gesamten Bilanzsumme (leverage ratio). Schließlich ist zu befürchten, dass viele Institute eigenständig nicht in der Lage sein werden, die notwendige Eigenkapitalerhöhung durchzuführen. Sollte dann eine Rekapitalisierung mit Unterstützung der EFSF durchgeführt werden, würde das die jeweilige nationalstaatliche Schuldenquote erhöhen und so eine neuerliche Verschärfung der Staatsschuldenkrise verursachen – so wie bereits in Irland die Inanspruchnahme der EFSF nur aufgrund der Bankenrettung erforderlich war.

Neben der Neuordnung der Finanzmärkte gilt es auch, **Europa institutionell neu aufzustellen**. Ein Fahrplan für die dringend erforderlichen Integrations- und Harmonisierungsschritte vor allem in den Bereichen Haushalt, Steuern, Finanzmarktregulierung und Wirtschaft ist jedoch nicht vereinbart.

Dabei liegt hier der Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise. Wir GRÜNE sind überzeugt: Nur wenn glaubhafte, echte und umfassende Schritte in Richtung einer starken Wirtschaftsunion gegangen werden, wird sich die Krise lösen lassen. Dies wird unweigerlich mit der Verlage-

rung nationaler Kompetenzen auf die europäische Ebene und einer Demokratisierung, stärkeren Legitimierung und Kontrolle europäischer Institutionen, vor allem des Europäischen Parlaments und der Kommission, verbunden sein. **Dafür braucht es eine Vertragsänderung** und für diese einen demokratisch legitimierten Prozess – einen Konvent. Denn weder die konkreten Krisenmaßnahmen noch die Veränderungen in Europa dürfen Hinterzimmern vorbehalten bleiben, wenn die Demokratie in dieser Krise nicht unter die Räder geraten soll.

Nur mit reinen Sparmaßnahmen wird sich in keinem der betroffenen Länder die Verschuldungsproblematik lösen lassen. Im Gegenteil: Das Beispiel Griechenlands zeigt, dass sich durch schlagartige gigantische Kürzungen die Wirtschaftslage dermaßen verschlechtert, dass letztlich trotz sinkender Staatsausgaben sich das Verhältnis von Wirtschaftsleistung (BIP) und Schuldenstand verschlechtert. Ohne Wachstumsinvestitionen und vor allen Dingen ohne eine größere Umverteilung der Geldvermögen wird die Krise ungelöst bleiben. Daher schlagen wir als GRÜNE auch eine **Vermögensabgabe** vor, mit der die Bundesrepublik gestreckt über 10 Jahre vom reichsten ein Prozent der Bevölkerung 100 Milliarden Euro einnehmen soll. Dies ist nicht zuletzt deshalb mehr als gerechtfertigt, da es gerade die Vermögenden waren, die bisher von den staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Bankensystems und der Wirtschaft profitiert haben. Die Abschöpfung von Vermögensspitzen ist aber auch deshalb notwendig, weil es gerade die Ungleichverteilung der Vermögen war, die maßgeblich für die Entstehung der Finanzkrise verantwortlich ist. Die immensen Summen haben auf ihrer Suche nach Anlagemöglichkeiten zur Entwicklung spekulativer Anlageformen und zu risikoreichen Kreditvergaben beigetragen.

UND KEIN ENDE ABSEHBAR

IN EINER STARKEN DEMOKRATIE MÜSSTEN JEDE UND JEDER VERSUCHEN ZU VERSTEHEN, WORUM ES IN DER WÄHRUNGSKRISE GEHT

Kurzfristig bleibt allerdings keine andere vernünftige Wahl, als **das Instrumentarium der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität EFSF auszuweiten**. In sehr kurzfristig anberaumter Sitzung musste der Bundestag auf der Grundlage sehr kurzfristig verfügbarer Unterlagen darüber entscheiden, ob die EFSF in völlig anderer Weise als bisher tätig werden soll. Damit wurde nach den Krisenentscheidungen zur Bankenrettung im Herbst 2008, zu den Griechenland-Hilfen und der Einrichtung des EFSF im Mai 2010 nun wieder unter hohem zeitlichen Druck über Milliardenrisiken entschieden.

Dieser Druck ist nicht einer unvorhersehbaren Dynamik der Krise geschuldet. Dieser Druck ist politisch absichtlich herbeigeführt worden. Seit mindestens einem Monat wird unter den Regierungen der Eurozone über die effizientere Nutzung oder Hebelung der EFSF diskutiert. Doch im Parlament unterdrückte die Koalition jedwede inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Vorschlägen mit dem Erfolg, dass nun zwischen einer ersten Information der Bundesregierung und der Entscheidung im Plenum nur etwa 24 Stunden liegen. So etwas darf sich ein Parlament nicht gefallen lassen.

Es ist richtig, dass nun das Plenum des Bundestages diese Entscheidung trifft. Die Regierungsfractionen griffen damit die Forderung aus dem Antrag der GRÜNEN Bundestagsfraktion auf, den sie vor vier Tagen noch abgelehnt haben. Die Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der EFSF, indem zusätzliche Investoren hinzugenommen werden, verändert grundlegend den Umgang mit den vom Bundestag gewährten Garantien. Sie vergrößert die Schadenshöhe für den Bundeshaushalt entscheidend, die im Falle einer Umschuldung oder einer Pleite eines Krisenstaates zu tragen wäre (Verlustquote bei Ausfall).

Mitglieder der Bundesregierung haben sich zwar aus Angst vor Widerstand in den eigenen Reihen intensiv bemüht, dieses Faktum mit Hinweis auf die unveränderte Höhe des deutschen Garantie-Rahmens von 211 Milliarden Euro zu verschleiern.

Parlament und Öffentlichkeit wurden hier gezielt desinformiert, ja: getäuscht. Deswegen wurde regelmäßig von „Effizienzsteigerung“ gesprochen, um lediglich die positiven Aspekte des veränderten Ansatzes erkennbar werden zu lassen. Aber es gibt eine solche Effizienzsteigerung ohne eine Veränderung des Risikos nicht. Zudem haben führende Koalitionspolitiker eine Hebelung noch vor kurzem wortgewaltig abgelehnt. Sie müssen nun öffentlich erklären, warum sie ihre Meinung geändert haben, statt hinter verschlossenen Türen das zu beschließen, was sie öffentlich ausgeschlossen haben. Die Diskussion zur Hebelung ist damit ein Beispiel mehr für die vielen „roten Linien“, die ständig definiert und anschließend unter großem Vertrauensverlust in der Bevölkerung überschritten werden.

Die Ausweitung der EFSF-Kapazität ist dennoch grundsätzlich richtig. Die EFSF hat derzeit eine Kreditvergabekapazität von 440 Milliarden Euro. Davon gehen 46,5 Milliarden an Portugal und Irland. Mindestens 109 Milliarden Euro sind für Griechenland erforderlich. Zusätzlich werden Mittel für die Bankenrekapitalisierung gebraucht. Diese soll nach den derzeitigen Planungen 100 Milliarden Euro erfordern, von denen ein relevanter Teil, vielleicht 30 Milliarden Euro über die EFSF bereitgestellt werden müssen, weil weder die Banken selbst noch deren Sitzländer die Rekapitalisierung aus eigenen Mitteln aufbringen können. Damit ist klar: Die Kapazität der EFSF reicht bei der bisherigen Herangehensweise nicht, um neuen Herausforderungen zu be-

gegnen. Zum einen ist es nötig, eine wirkliche Schuldenentlastung für Griechenland zu Lasten der Gläubiger umzusetzen, damit die Schuldenlast Griechenlands wieder tragfähig ist und das Land eine Entwicklungsperspektive bekommt. Wir haben dazu immer eine **Orientierung an den Marktwerten** gefordert, also derzeit etwa 60 Prozent Abschlag. Wenn man das umsetzen will, ist es nötig, mögliche Auswirkungen auf den Bankensektor in Griechenland selbst und in anderen Ländern und gegebenenfalls auf die Märkte für Staatsanleihen weiterer Euro-Länder abfedern zu können. Eine Vorbedingung für eine wirkliche Umschuldung ist deshalb eine EFSF-Kapazität, die über dem heutigen Volumen liegt.

Zum anderen sind seit August diesen Jahres Spanien und insbesondere Italien im Fokus der Finanzmarktakteure. Die Zinsen in beiden Ländern sind gestiegen und konnten nur durch Käufe der Europäischen Zentralbank auf einem vertretbaren Niveau gehalten werden. Dabei sind insbesondere bei Spanien mit einem Schuldenstand, der unterhalb dem der Bundesrepublik Deutschland liegt, kaum Zweifel an der Solvenz vorhanden. Die Krisendynamik setzt beide Länder dennoch der Gefahr einer Spirale aus steigenden Zinsen und sinkender Schuldentragfähigkeit aus, die ohne externe Hilfe in die Insolvenz führen könnte. Italien muss im Jahr ca. 380 Milliarden Euro refinanzieren. Allein diese Zahl macht deutlich, dass eine Ausweitung der EFSF-Kapazität nötig ist.

Deshalb stimmen wir zu, dass die Bundesregierung über eine Ausweitung der Kapazität der EFSF mittels der genannten Hebelung verhandelt und haben das mit einer Zustimmung zu einem gemeinsamen Entschließungs-

KEIN ENDE ABSEHBAR

antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN zum Ausdruck gebracht.

Richtig ist zwar, dass ohne die vielen Fehler und Verzögerungen, die gerade die Bundesregierung beim Krisenmanagement zu verantworten hat, wir vielleicht nie in die heutige Zwangslage gekommen wären. Richtig ist auch, dass alternative Wege der Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte zur Verfügung gestanden hätten oder heute zur Verfügung stünden, wenn man rechtzeitig den Mut zu Vertragsänderungen gehabt hätte. Wir halten nach wie vor eine **stärkere haushaltspolitische Koordinierung und die (eingeschränkte) Einführung europäischer Anleihen (Eurobonds)** für besser als den von den europäischen Regierungen derzeit beschrittenen Weg. Doch für die nächsten Wochen stehen diese Alternativen leider noch nicht zur Verfügung, weil insbesondere die erforderliche haushaltspolitische Kontrolle in den Mitgliedsstaaten noch nicht vertraglich vereinbart wurde. Deswegen muss zunächst der bisherige Weg mit einer Ausweitung der EFSF-Kapazität weitergegangen werden. Und wenn der Bundestag der von den Marktakteuren erwarteten Ausweitung der EFSF-Kapazität seine Zustimmung verweigert, droht eine neuerliche massive Zuspitzung an den Finanzmärkten, die alles nur noch schwieriger und teurer machen könnte. Einmal mehr befindet sich die Politik in einer Zwangslage.

Tatsache ist aber auch, dass die Bundesregierung bislang auf knapp vier Seiten nur eine grobe Skizze möglicher Wege vorgelegt hat. Sie definieren einen Raum von Möglichkeiten, keine klare Perspektive der nächsten Schritte. Es ist zu befürchten, dass die darin vorgesehenen Varianten der Hebelung teurer und unstabiler sind als alternative Varianten, die von der Bundesregierung ausgeschlossen, aber im Bundestag nie kritisch verglichen wurden. Auch hat die Koalition

eine von den Oppositionsparteien im Haushaltsausschuss geforderte Anhörung zur Klärung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten abgelehnt. Teuer könnte die geplante Fonds-Lösung werden, weil den Kapitalmarktakteuren, die Risiken übernehmen sollen, dieses honoriert werden muss. Unklar ist auch, ob die diversen neu zu emittierenden strukturierten Finanzmarktprodukte zu einer Stabilisierung wirklich beitragen oder selbst Quelle von Unsicherheit werden können. Das gilt bei der Versicherungslösung insbesondere dann, wenn sich die Markteinschätzung über das Risiko so entwickelt, dass das abgedeckte Risiko nicht mehr ausreicht. Schließlich ist unklar, ob sich für die verschiedenen Varianten wirklich Investoren finden lassen und ob nicht die Absicherung so großzügig ausgestaltet werden muss, dass die Hebelung relativ gering ausfällt und nur für wenige Monate Atempause verschafft. Klar ist jedenfalls, dass die Hebelung der EFSF nur Übergangslösung in eine anders gestaltete stabilere Lösung sein kann und darf. Auch werden wir kritisch bewerten müssen, welche konkreten Maßnahmen nun auf der Grundlage der heutigen Zustimmung beschlossen werden.

Als überzeugte Europäerinnen und Europäer sind wir mit tiefer Sorge erfüllt um die Zukunft und den Bestand des europäischen Einigungsprozesses: Noch nie zuvor befand sich die Eurozone und mit ihr die gesamte EU in einer so tiefen Krise. Noch nie zuvor stand es um einzelne ihrer Mitglieder sowie um die Gemeinschaft insgesamt so ernst. Und noch immer ist eine nachhaltige Lösung dieser Krise nicht in Sicht, während das Krisenmanagement selbst immer mehr zum Mitverursacher der Krise wird, weil die Koordination vieler Regierungen zügige und klare Entscheidungen unmöglich macht. Die Zustimmung der Menschen zu dem schwierigen Prozess, gemeinsam in Europa einen

Weg aus der Krise zu finden, nimmt in einer Reihe von Euro-Ländern ab. Grund dafür sind auch politische Fehlentscheidungen in der Sache, eine politische Kommunikation, die die Menschen gegen die „Retter“ aufbringen muss und eine inakzeptable soziale Schieflage der Rettungsmaßnahmen. Die Aufforderung des Bundestags, den Richtlinien-Vorschlag der Kommission für die Finanztransaktionssteuer in den Gremien auf den Weg zu bringen, geht auf Drängen der GRÜNEN zurück.

Wird diese Steuer eingeführt, kann sie zu einer fairen Lastenverteilung beitragen. Weitere Maßnahmen zur Korrektur der sozialen Schieflage in dieser Krise werden darüber hinaus nötig bleiben.

Fehler im Krisenmanagement haben auch dazu geführt, dass die Europäische Zentralbank immer mehr in die Rolle des Krisenmanagers der letzten Instanz gedrängt wurde. Es ist deshalb richtig, sie in Bezug auf die Käufe von Staatsanleihen aus dieser Rolle zu befreien - mithilfe einer Ausweitung der EFSF-Kapazität. Falsch wäre es jedoch, sie dafür zu kritisieren, dass sie angesichts der Unfähigkeit der Regierungen auf dem Sekundärmarkt eingegriffen hat, um Schlimmeres zu verhindern. Ebenso falsch wäre es angesichts der großen Unsicherheiten über die weitere Entwicklung, für die Zukunft weitere Maßnahmen dieser Art aus ideologischen Gründen auszuschließen. ●

Markus Kurth ist unser Dortmunder Abgeordneter im Bundestag



Bundesdelegiertenkonferenz 2011 in Kiel

MEHR ALS NUR PLASTIKTÜTEN

► Es hieß, Angela Merkel hätte mit dem im Sommer 2011 beschlossenen Atomausstieg die GRÜNEN ihres liebsten Themas beraubt. Worüber sollte man auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Ende November in Kiel da noch groß diskutieren? Allein die Abschaffung der Plastiktüten oder die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, wie in einigen Medien als wichtigste BDK-Beschlüsse dargestellt, waren es sicherlich nicht. Denn in Dutzenden Beschlüssen haben die über 900 Delegierten wichtige GRÜNE Leitlinien für die kommenden Jahre festgelegt.

So haben wir im Rahmen der Europadebatte klargemacht, dass wir zu Griechenland stehen und dass es eine europäische Zukunft nur mit Griechenland geben kann. Großer Dank hierfür kam vom ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou, der als Gastredner nach Kiel gekommen war. Ein weiterer Gastredner: der ehemalige Schweizer Bundespräsident Moritz Leuenberger, der den Delegierten die Vor- und Nachteile der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild aufzeigte.

HEINRICH BÖLL UND DIE ANSTIFTER

► **43 neue Mitglieder seit Jahresanfang, überzeugende Umfrageergebnisse und gewonnene Wahlen: Der Kreisvorstand will nun seine Mitglieder stärker fördern, um für das Wahljahr 2013 gut gerüstet zu sein.**

Wir nahmen deshalb an einem Seminar der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema Personalentwicklung (PE) in einer Partei teil. Wir lernten Grundlagen der Mitgliederentwicklung und des Mitglieder-Managements und konnten die verschiedensten Aspekte der PE dort praxisnah erarbeiten.

Mit internen Arbeitsgemeinschaften, politischen Veranstaltungen und mit Aktionen zum aktuellen Tagesgeschehen können wir innerparteilich unsere Mitglieder einbinden und fördern. Dieser Weg erscheint uns vielversprechend und sinnvoll. Denn in Dortmund haben wir zum Beispiel schon Arbeitsgemeinschaften zu Wirtschaft und Finanzen, Schule und Bildung, Rechtsextremismus, Bundespolitik und Frauen.

Wer sich weiter in die Parteistrukturen einbinden mag, dem bieten sich die Landesarbeitsgemeinschaften an. Es ist ratsam, sich mit anderen Interessierten zusammen zu schließen und gemeinsam daran teilzunehmen – seit dem Umzug des Kreisverbandsbüros finden sie auch häufiger in Dortmund statt. Eine Liste mit den Landesarbeitsgemeinschaften findet man unter www.gruene-nrw.de/partei/lagen.html

Im Rahmen des Seminars haben wir ein Konzept entwickelt, das auch Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu verschiedenen The-

Besonders erwähnt werden soll das Thema Inklusion, das im Namen des Bundesvorstands von unserem Dortmunder Bundestagsabgeordneten Markus Kurth eingebracht wurde. Bei der Inklusion geht es darum, dass alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Lebensweise oder sonstiger individueller Eigenschaften in der Gesellschaft gebraucht werden.

Einen besonders aktuellen Bezug hatte der Antrag zum Kampf gegen Rechts. Hier wurde beschlossen, ein NPD-Verbot – sofern die Voraussetzungen erfüllt sind – erneut zu prüfen.

Lange warten mussten die Delegierten auf das Stichwort „Piratenpartei“. Doch schließlich kam es in geballter Ladung, als die GRÜNEN als erste etablierte Partei ihre Haltung zu digitalen Fragen in einem 16-Seiten-Papier bündelten: Eine Modernisierung des Urheberrechts, die Wahrung der Netzneutralität, die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und vieles mehr. Auch wenn die Debatte an dieser Stelle ein wenig zu kurz geriet: Es wurde der Auftakt gemacht, um die Netzpolitik in den kommenden Jahren als wichtigen Bestandteil GRÜNER Politik zu gestalten. ●

Maximilian Lange ist Beisitzer des Kreisverbandes

men beinhaltet. Unseren Mitgliedern wollen wir Schulungen anbieten, um sie für die politische Arbeit zu motivieren und fit zu machen.

Ein von Neumitgliedern oft positiv bewerteter Aspekt der GRÜNEN sind die offenen Strukturen – die Sitzungen sind in der Regel öffentlich, und die Beschlüsse werden basisdemokratisch getroffen.

Aus diesem Grund möchten wir weiterhin alle Mitglieder aufrufen, sich an Arbeitsgemeinschaften und Landesarbeitsgemeinschaften oder den Sitzungen der Ortsverbände, Fraktionen und Ausschüsse zu beteiligen! Wer eine(n) AnsprechpartnerIn in den verschiedenen Gremien sucht oder wer zu einer LAG fahren möchte, kann gerne Kontakt mit uns aufnehmen. Wir helfen weiter. Auch konkrete Anregungen für Aktionen oder Veranstaltungen nehmen wir gerne an. ●

Katja Bender ist Beisitzerin im Vorstand

katja.bender@gruene-dortmund.de

Jens Heubes ist sachkundiger Bürger in der GRÜNEN Ratsfraktion

jens.heubes@googlemail.com

WAS IST EIN ANSTIFTER?

Ein Anstifter stiftet Menschen an, etwas zu tun. Wir GRÜNE meinen das jedoch nicht im strafrechtlichen Sinne, sondern wir wollen Mitglieder und Nicht-Mitglieder anstiften, politisch tätig zu werden, ihre Fähigkeiten einzubringen und sich weiter zu entwickeln. Neben der Mitgliederentwicklung haben Anstifter die Kommunikation, die Organisationsentwicklung und die politische Praxis im Fokus.

30 Jahre GRÜNE in Dortmund

Heute:
Gisela
Sichelschmidt

Bereits als Jugendliche habe ich mich gegen Atomkraft positioniert, aber unabhängig von Parteizugehörigkeiten. Außerdem hat mich als Mensch die Geschichte meiner Familie geprägt: Mein Vater als eigentlich überzeugter Christ war während des Zweiten Weltkrieges am Russlandfeldzug beteiligt und kam zurück mit schweren Kriegsverletzungen. Meine älteren Geschwister diskutierten mit ihm am Sonntagstisch über Pazifismus und Faschismus. Meine Mutter vertrat eine eher unkonventionelle, christliche Einstellung. Das alles prägte meine Vorstellung von einer friedlichen, gewaltfreien und gleichberechtigten Gesellschaft.

Mitglied der GRÜNEN wurde ich 1986 nach der Katastrophe von Tschernobyl. An diesem Tag war für mich klar: Wer sich im Parteiensystem gegen diese Technologie einsetzt – ob zur militärischen oder zur angeblich friedlichen Nutzung – den muss ich unbedingt unterstützen. Dabei beschränkte ich mich anfangs auf die passive Mitgliedschaft.

Mit fortschreitendem Studium der Raumplanung schärfte sich jedoch meine Vorstellung einer Gesellschaft und ihrer Politik, die für und mit den Menschen in diesem Land arbeiten sollte: bürgernah, gleichberechtigt, tolerant, pazifistisch und umweltorientiert. Die erste Mitarbeit in Bürgerinitiativen waren vorsichtige Schritte, stets geprägt von der Arbeit vor Ort, sicherlich auch von eigener

Betroffenheit, z. B. in der Bürgerinitiative gegen die damals in Eving geplante Müllverbrennungsanlage oder beim Aufbau eines Elterninitiativ-Kindergartens. So bekam ich zunehmend Kontakt zur aktiven Szene der GRÜNEN in Dortmund.

Der Schritt in unser Vorort-Parlament, die Bezirksvertretung Eving, war für mich persönlich trotzdem noch einmal ein großer Schritt. Nach meiner Kandidatur zur Kommunalwahl 1999 nahm ich den damals einzigen Sitz der GRÜNEN ein.

Vom Evinger Ortsverband erhielt ich die notwendige Rückendeckung, auch im Verhältnis zu den etablierten Parteien in der Bezirksvertretung Eving, CDU und SPD. Vor allem die absolute Mehrheit der SPD macht die Arbeit nach wie vor nicht einfach. Jedoch konnten wir uns als Evinger GRÜNE mit einer bürgernahen, ehrlichen Politik so gut positionieren, dass wir bei der Kommunalwahl 2004 Fraktionstatus erreichten und ihn auch 2009 mit einem guten Ergebnis sichern konnten. Nur wenige Stimmen fehlten uns zum dritten Sitz in der BV.

Politisches Engagement ist für mich BürgerInnen-Engagement: Ich möchte mein unmittelbares Wohnumfeld mit gestalten, möchte mit und für die Menschen vor Ort die Lebensbedingungen verbessern und dafür Sorge tragen, dass auch die gehört werden, die wenig Lobby haben.

Leider nimmt unser GRÜNES Engagement in Eving zur Zeit Schaden in der sehr unglücklichen Diskussion um die Zusammenlegung von Eving und Scharnhorst. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass die Mitgliederversammlung des Kreisverbands eher den Mut für eine umfassende Neustrukturierung gehabt hätte. So fällt es uns vor Ort trotz aller Sachlichkeit schwer zu erläutern, warum nur Eving und Huckarde sich an Sparmaßnahmen beteiligen müssen.

Zukünftig müssen wir uns um mehr als 80.000 Menschen in Eving und Scharnhorst kümmern. In einem Stadtbezirk mit mehreren Aktionsräumen Soziale Stadt, einer problematischen Bevölkerungsstruktur, einem hohen Anteil sozial benachteiligter Menschen und einer latenten rechten Szene. Unsere Energie werden wir also nun in die Gestaltung des Umstrukturierungsprozesses setzen. Unsere KollegInnen im Rat der Stadt werden wir beim Wort nehmen und die zugesicherten Rahmenbedingungen wie den Erhalt des zentralen Standortes der Stadtteilbibliothek, der Sozialen Dienste und die Einrichtung des mobilen Dienstes sicherstellen. Es geht um unsere Glaubwürdigkeit als GRÜNE!

Abschließend richte ich mich an alle diejenigen, die diese Ausgabe der GrinDo lesen: **Engagiert euch – auch wenn es nur ein bisschen ist. Kommt ab und zu mal zu unseren OV-Treffen. Schreibt uns Mails mit Hinweisen zu Problemen im Stadtbezirk oder teilt uns eure Anregungen mit. Stellt uns Fragen (per Telefon oder Brief oder Mail). Vielleicht ist Demokratie anstrengend, aber um sie zu leben, müssen alle ihre Möglichkeiten zur Teilhabe auch nutzen! Tut es – wir brauchen euch!**

Gisela Sichelschmidt

ist Mitglied der Bezirksvertretung Eving.

5. Dortmunder Umweltnacht:

AUF FLEDERMAUSJAGD IM NATURSCHUTZGEBIET SIESACK

Am 27. Juli veranstaltete das Umweltamt Dortmund die 5. Dortmunder Umweltnacht; Treffpunkt Altmengeder Straße. Mit dabei waren insgesamt 18 Personen, darunter Jugendliche, Erwachsene und ein GRÜNER Frischling: Yakup Julian. Der Newsletter seines Ortsverbands machte ihn auf die Veranstaltung aufmerksam.

Nach allgemeinen Informationen zum Naturschutzgebiet Siesack ging es Richtung Wald. Ein erster Zwischenstopp vermittelte, was eine Fledermaus ist und wie viel sie eigentlich wiegt: Fledermäuse sind Säugetiere und wiegen knapp 30 Gramm, was unsere Naturführerin anhand von 20 Gummibärchen nett veranschaulichte.

Nach der kurzen Einweisung ging es gleich weiter in Richtung Kanal, wo anhand von speziellen Sensoren die Fledermäuse auf-

gespürt und beobachtet werden konnten. Fledermäuse, so haben wir gelernt, kommunizieren über eine spezielle Ultraschallfrequenz. Mit Hilfe der Geräte war es uns möglich, diese Geräusche zu erfassen.

Am Ende waren alle glücklich, die eine oder andere Fledermaus in der nächtlichen Dämmerung gesehen zu haben.

Yakup Julian Sarli

ist seit Juni 2011 Mitglied der GRÜNEN



Reform der Stadtbezirke

DER UNTERGANG VON HUCKARDE UND EVING ODER: EINE NEUE CHANCE

Es sind schon starke Geschütze, die die SPD auffährt: „CDU, GRÜNE und FDP begehen mit der Neustrukturierung der Stadtbezirke Wahlbetrug, denn vor der Kommunalwahl hat keine Partei dieses im Programm gehabt.“

Das ist richtig, aber war da nicht vor der Wahl der gerichtlich anerkannte Wahlbetrug eines SPD-Oberbürgermeisters, der ein grandioses Haushaltsloch verschwiegen hatte? Und ist nicht genau diese Finanzlage der Stadt der Grund für Sparnotwendigkeiten, die eigentlich niemand will und die trotzdem unerlässlich sind? Und ist es nicht genau die Aufgabe eines verantwortungsbewussten Rates, so schnell wie möglich entsprechend zu handeln?

Und wurde nicht genau deshalb – angeregt von SPD-Kämmerer Stüdemann und mit der Unterschrift des OB Sierau einstimmig ein Beirat eingerichtet, der nach den Sparmöglichkeiten der Politik bezogen auf Stadtbezirke und Rat suchen sollte?

Wir GRÜNE haben diesen Prozess von Anfang an begleitet und in unseren Mitgliederversammlungen dazu Beschlüsse gefasst. Und weil Dezentralisierung für uns von zentraler Bedeutung ist, haben wir uns für eine behutsame Reduzierung der Stadtbezirke ausgesprochen – auch wenn inzwischen der ein oder andere

den Erhalt des Ist-Zustandes oder eine viel radikalere Lösung für besser hält (zum Beispiel nur fünf Stadtbezirke: Innenstadt, Nordwest, Nordost, Südwest und Südost).

Es ist nicht alles politisch glücklich gelaufen. Die SPD hat sich einer konstruktiven Diskussion bis kurz vor Toresschluss verweigert, dafür aber in den betroffenen Stadtbezirken reichlich gegen den Geist mobilisiert, den sie selbst mit aus der Flasche ließ. Und das mit verantwortungslosen Behauptungen wider besseres Wissen – so zum Beispiel der, dass soziale Dienste gestrichen werden. Dabei sollen genau die gesichert werden, indem die Politik bei sich selbst spart.

CDU, GRÜNE und FDP haben am 24. November beschlossen, die Stadtbezirke Huckarde und Mengede und die Stadtbezirke Eving und Scharnhorst zu jeweils einem Stadtbezirk zusammenzulegen – gegen den weitgehend von der SPD organisierten Protest. Und jetzt bereits hört man aus genau diesen Stadtbezirken und genau aus dieser SPD, dass große Stadtbezirke auch großen Einfluss haben...

Und was sagt uns das alles?

Hilke Schwingeler ist Sprecherin des Kreisverbands Dortmund

PS: Noch eine Anmerkung: Wir GRÜNEN sind selbstverständlich für einen Ratsbürgerentscheid, aber dann sofort und mit einer konkreten Fragestellung, denn gespart werden muss jetzt, nicht erst nach der übernächsten Kommunalwahl.

BEITRITTSERKLÄRUNG



Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im Voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter). Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Liebe
Martina Müller,

seit genau zehn Jahren arbeitest du als Geschäftsführerin für den Kreisverband Dortmund. Du organisierst die Arbeit der Kreisgeschäftsstelle, die Wahlkämpfe und hunderte von Veranstaltungen. Immer geduldig und entschieden, geräuschlos und kooperativ. Dafür danken wir dir sehr, sehr herzlich. Und hoffen auf viele weitere Jahre mit dir in Dortmund und Nordrhein-Westfalen.

Alles Gute wünschen dir

**DIE GRÜNEN
in Dortmund**

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/121171 · Fax.: 0231/121164

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: Montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/5022078 · Fax.: 0231/5022094

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

AnsprechpartnerInnen im Büro:

Petra Kesper Fachbereiche Ökologie, Wirtschaft und Stadtplanung
Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder, Jugend und Kultur
Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

Sprecherin: Lea Sommer - E-Mail: lea.som@gjdo.de

Sprecher: Simon Liederwald - E-Mail: simonliederwald@gmx.de

TERMINE

Freitag, 20. Januar 2012 von 17.45 bis 21.00 Uhr

Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie

Sonntag, 29. Januar 2012, 11.00 Uhr • Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
Neujahrsempfang

Mittwoch, 1. Februar 2012, 19.00 Uhr • Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
„WAS BEDEUTET INKLUSION FÜR DIE SCHULE?“
Eine Veranstaltung mit Sigrid Beer, MdL

Mittwoch, 15. Februar 2012, 19.00 Uhr • Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
„WEGE AUS DER PLUNDER- UND PLÜNDERGESELLSCHAFT –
DER ÖKOLOGISCHE UMBAU UNSERER INDUSTRIEGESELLSCHAFT“
Eine Veranstaltung mit Hans Christian Markert, MdL

Samstag, 3. März 2012, 10.30 Uhr • Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Montag, 12. März 2012 • Kreisverbandsbüro, Königswall 8, Dortmund
„LÖSUNGSANSÄTZE FÜR EINE SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK“
Besichtigungstour und Mitgliederversammlung mit Daniela Schneckenburger, MdL

Sonntag, 25. März 2012
LANDESPARTEIRAT

Freitag bis Sonntag, 15. bis 17. Juni 2012 • Duisburg
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16), Rita-Maria Schwalgin (4)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT & TITEL: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

